

Antrag

öffentlich

Datum

14.04.2011

Nummer

A0052/11

Absender

FDP-Ratsfraktion

Adressat

Vorsitzende des Stadtrates
Frau Wübbenhorst

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

28.04.2011

Kurztitel

Kosten für Kinderbetreuung

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich frühzeitig dafür einzusetzen, dass aus der geplanten Änderung der Kinderbetreuung im Land Sachsen-Anhalt keine zusätzlichen Kosten für die Landeshauptstadt Magdeburg erwachsen und keine Benachteiligung der berufstätigen Bevölkerung eintritt.

Der Antrag soll im FuG, Juhi, FG und VW beraten werden.

Begründung:

Dem Vernehmen nach sieht der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD vor, dass die Kinderbetreuung für alle Kinder auf acht Stunden tägl. festgeschrieben wird. Damit würde einerseits das Angebot für Kinder nicht berufstätiger Eltern um drei Stunden erhöht, das für berufstätige Eltern um zwei Stunden reduziert. Da eine Vollzeitarbeitsstelle bekanntlich nicht nach acht Stunden beendet ist, müssten die Eltern die fehlende Betreuungszeit zusätzlich ankaufen.

Konkrete Aussagen zur Finanzierung der geplanten Gesetzesänderung sind uns derzeit nicht bekannt. Angesichts des defizitären Haushaltes des Landeshauptstadt Magdeburg darf diese zu keiner Mehrbelastung des städtischen Haushaltes führen. Gleiches trifft auf die Eltern zu, die wg. ihrer Berufstätigkeit möglicherweise vor zusätzliche Belastungen gestellt werden.

Hans-Jörg Schuster
Fraktionsvorsitzender